



## **Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

## **Erklärung**

### **zur Pressekonferenz des Innenministers Huber am 22.09.2010**

#### **Gesetzentwurf des Innenministers ist eine einzige Enttäuschung**

Am 30.04.2010 übergab die Bürgerallianz einen eigenen Gesetzentwurf zur gesetzlichen Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau an alle im Landtag vertretenen Parteien und an die Landesregierung.

Diesen Vorschlag machten sich die Linken und die Bündnis/Grünen zu Eigen und brachten ihn am 9.9.2010 in den Landtag ein.

Noch in diesem Jahr sollten möglichst alle für die Abschaffung des praktizierten Unrechts gewonnen werden. Das willkürlich angewandte komplizierte Beitragsrecht kann gesetzlich abgeschafft werden, wenn man will.

Der Innenminister hat heute (22.09.10) seinen Gesetzentwurf in einer Pressekonferenz vorgestellt.

Für alle Betroffenen sind die Eckpunkte des Entwurfes eine einzige Enttäuschung.

Hier sprach gleichzeitig ein Rechtsprofessor, der nicht bereit ist das bestehende Unrecht zu beseitigen, obwohl er selbst verkündet hat, dass es möglich ist die Zwangsbeiträge abzuschaffen.

Soll die Politik gegen die Bürger fortgesetzt werden?

Die Landesregierung hält am Unrecht fest – unbegreiflich!

Diese Vorlage bringt neues Unheil für Thüringen, sie ist nicht zukunftstauglich.

Die Landesregierung erscheint beratungsresistent, denn die Argumente der vielen Proteste, Petitionen, Anhörungen usw. wurden wieder nicht beachtet.

Wann meldet sich Frau Lieberknecht als Ministerpräsidentin endlich zu Wort.

Offensichtlich wird sie von ihren Vertrauten nicht ausreichend über die brisante Situation informiert.

Gesprächsangebote der Bürgerallianz wurden bisher von der Ministerpräsidentin nicht angenommen.

Das gequälte Volk wird dieses Unrecht aber nicht dulden.

Diese jetzt offenbarte Arroganz der Macht werden wir als Bürgerinitiativen bekämpfen.

Unsere Republik und die Bundesländer sind alle hoch verschuldet.

Nun sollen wohl auch die Menschen in Thüringen selbst zu Schuldenbürgern gemacht werden?

Wir, das Volk, erwarten dringend ein Machtwort der Ministerpräsidentin.

Peter Hammen

Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen e.V. , am 22.09.2010